



Montag, 22. April 2024

Schwerpunkte der PVER-Frühlingsession 2024

Fotos: Parlamentsdienste / Sophie Golay

Vom 15.–19. April 2024 fand in Strassburg die zweite Teilsession 2024 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) statt.

Schwerpunkte der Session bildeten die Diskussion über eine Aufnahme der Republik Kosovo als vollwertiges Mitglied in den Europarat und eine Resolution über den Wiederaufbau der Ukraine u. a. mithilfe eingefrorener russischer Staatsgelder. Die Versammlung befasste sich zudem mit der Lage von oppositionellen Kräfte und Kriegsgegnern in Russland sowie Belarus und nahm Stellung zum Entwurf des Rahmenabkommens des Europarates zu «Künstlicher Intelligenz, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit».

Zur Vorbereitung der Session tauschte sich die Parlamentarierdelegation beim Europarat (ERD) am 9. April u. a. mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrat Ignazio Cassis, über Aktualitäten aus dem Europarat aus.

Inhaltsverzeichnis:

- [1. Schwerpunkte der Session](#)
- [2. Besonderheiten aus Sicht der Schweiz](#)
- [3. Weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der ERD](#)
- [4. Ansprachen vor der Parlamentarischen Versammlung](#)



Vorbereitungssitzung der ERD am 9. April 2024 in Bern mit BR Ignazio Cassis ©EDA

1. Schwerpunkte der Session

Beitrittsgesuch der Republik Kosovo zum Europarat

Es geschieht nicht alle Tage, dass die PVER sich mit der Aufnahme eines neuen Mitgliedsstaates befasst. Das letzte Mal war dies 2007 der Fall, als Montenegro nach seinem Ausscheiden aus dem Staatenbund mit Serbien selbstständig wurde und sich um die Mitgliedschaft bewarb. Die Versammlung wurde gemäss Statuten eingeladen, eine [Stellungnahme](#) zum Beitrittsgesuch abzugeben, bevor das Ministerkomitee eine abschliessende Entscheidung über die Aufnahme trifft. Mit 131 zu 29 Stimmen bei 11 Enthaltungen und nach einer hitzig geführten Debatte empfiehlt die Versammlung die Aufnahme des Kosovo in die Organisation. Gleichzeitig empfiehlt sie ein enges Monitoring der Umsetzung einer Reihe von Verpflichtungen und Auflagen. Die Berichterstatterin Dora Bakoyannis (Griechenland, EPP) betonte, dass die Aufnahme des Landes, das bisher zwar mit einer Delegation an den Sitzungen der Versammlung teilgenommen aber keine Stimmrechte hatte, «den Höhepunkt eines Dialogs darstellt, der sich über zwei Jahrzehnte hinweg entwickelt hat, aber keineswegs als das Ende des Prozesses angesehen werden soll.» Wortmeldungen hierzu gab es von Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) (SP, JU), der sich dafür aussprach, dass der Kosovo kein weisser Fleck mehr auf der Landkarte des Europarates sein soll.



NR Pierre-Alain Fridez spricht zum Beitrittsgesuch der Republik Kosovo zum Europarat ©Parlamentsdienste

Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine

Bevor sich die PVER mit der Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine befasste, richtete Ruslan Stefanchuk, der Präsident des ukrainischen Parlaments, Werchowyna Rada, das Wort an die Versammlung.



Rede von Ruslan Stefantschuk, dem Präsidenten des ukrainischen Parlamentes, vor der PVER ©CoE

In einer ohne Gegenstimme angenommenen [Resolution](#) basierend auf dem Bericht von Lulzim Basha (Albanien, EPP) sprach sich die Versammlung u. a. dafür aus, eingefrorenes russisches Staatsvermögen für die Unterstützung des Wiederaufbaus der kriegsgeschundenen Ukraine einzusetzen. Die Resolution und die dazugehörige [Empfehlung](#) an das Ministerkomitee fordern ein breites Spektrum an Massnahmen, wie die Schaffung eines internationalen Entschädigungsmechanismus unter der Federführung des Europarates zur umfassenden Begleichung der entstandenen Schäden und die Schaffung eines internationalen Treuhandfonds, in dem beschlagnahmte Vermögenswerte des russischen Staates im Hinblick auf eine spätere Verwendung hinterlegt werden. Diese Instrumente würden parallel zum im letzten Jahr geschaffenen Schadensregister für die Ukraine existieren.

Wortmeldungen hierzu gab es von Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#), der das Augenmerk auf das Engagement der Schweiz bei der humanitären Minenräumung legte.

Dringlichkeitsdebatte: Der Tod von Alexej Nawalny und die Verfolgung der demokratischen Opposition sowie Kriegsgegner in Russland und Belarus

In einer Dringlichkeitsdebatte gedachte die Versammlung Alexej Nawalny, prominenter Vertreter der russischen demokratischen Opposition und Antikorruptionsaktivist. Nawalny verstarb am 16. Februar 2024 in einem abgelegenen Straflager in Sibirien, wo er unenschlichen Bedingungen ausgesetzt war. Die Versammlung verabschiedete eine [Resolution](#), basierend auf einem Bericht von Emanuelis Zingeris (Litauen, EPP). Die EU und andere Staaten werden darin unter anderem aufgefordert, die für die Verhaftung und Misshandlung und den Tod von Alexej Nawalny verantwortlichen Personen zu belangen.

Die Versammlung verurteilte in einem Bericht von Thórhildur Sunna Ævarsdóttir (Island, SOC) die schwerwiegende Verfolgung und Unterdrückung Oppositioneller und Kriegsgegner in Russland und Belarus. Die Versammlung fordert die Russische Föderation und Belarus auf, «die Bedrohung, Einschüchterung und Verfolgung von Personen, die wegen ihrer Antikriegshaltung ins Visier genommen wurden, einzustellen», und ihre sofortige Freilassung aus der Haft sicherzustellen. Die Versammlung forderte ihre Mitgliedsländer ausserdem dazu auf, die anhaltende Aktivität der Antikriegsbewegungen in Russland und Belarus stärker zu unterstützen. Zu den Betroffenen gehört der Historiker und Politiker Vladimir Kara-Murza, der von den russischen Behörden zu 25 Jahren Haft wegen «Verbreitung falscher Informationen über das russische Militär» verurteilt wurde. Jewgenija Kara-Murza, die Ehefrau des inhaftierten Kremkritikers, richtete sich zur Eröffnung der Debatte an die Versammlung. In einem Bericht von Eerik-Niils Kross (Estland, ALDE) fordert die Versammlung unter anderem, dass die verantwortlichen und beteiligten Personen an der Verfolgung und Misshandlung von Kara-Murza auf die Sanktionsliste in Zusammenhang mit dem «Magnitsky-Gesetz» gesetzt werden.

Aktualitätsdebatte: Die Rolle des Europarates bei der Verhinderung einer humanitären Katastrophe in Gaza

Die Nationalräte [Nik Gugger](#) (M-E, ZH), [Damien Cottier](#) (FDP, NE) und [Alfred Heer](#) (SVP, ZH) ergriffen das Wort in der Aktualitätsdebatte zur humanitären Situation in Gaza.



NR Nik Gugger spricht in der Aktualitätsdebatte
©Parlamentsdienste



NR Alfred Heer spricht in der Aktualitätsdebatte
©Parlamentsdienste

2. Besonderheiten aus Sicht der Schweiz

Kandidatur von alt Bundesrat Alain Berset für das Amt des Generalsekretärs des Europarates

Am 25. März 2024 beschloss das Ministerkomitee das sog. «Ticket», die Kandidatenliste für die Wahl des neuen Generalsekretärs des Europarates, und überwies drei Kandidaten in Reihenfolge der erzielten Stimmen an die PVER: alt Bundesrat Alain Berset gefolgt von Indrek Saar, ehemaliger Kulturminister Estlands, und Didier Reynders, bis anhin EU-Kommissar für Justiz aus Belgien.

Die Wahl des neuen Generalsekretärs findet in der dritten Teilsession der PVER am 25. Juni statt. Im Rahmen der Aprilsession führten vier der fünf Fraktionen erste Anhörungen der drei Kandidaten durch. Der Schweizer Kandidat machte dabei durchwegs einen sehr guten Eindruck. Alt Bundesrat Berset nutzte die Session um bilaterale Treffen mit Mitgliedern der Versammlung zu führen und seine Prioritäten für das Amt darzulegen.



aBR Alain Berset bei der Anhörung in der ALDE-Fraktion; ©R. Büchel



SR Franziska Roth in der Plenarversammlung der PVER ©Parlamentsdienste



SR Hannes Germann in der Plenarversammlung der PVER ©Parlamentsdienste

Richterwahlen am EGMR

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat den Schweizer Juristen Alain Chablais zum Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für Liechtenstein gewählt. Seine Amtszeit von neun Jahren beginnt am 1. September 2024.

Die Versammlung hat zudem die Richterin für Irland (Úna Ní Raifeartaigh) und den Richter für Lettland (Artūrs Kučš) gewählt. Die Richterinnen und Richter werden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aus einer Liste von drei Kandidierenden gewählt, die von jedem Staat vorgeschlagen werden, der die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert hat.



SR Marianne Binder-Keller in der Plenarversammlung der PVER ©Parlamentsdienste



NR Roland Büchel in der Plenarversammlung der PVER ©Parlamentsdienste

3. Weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der ERD

Dringlichkeitsdebatte zur KI-Konvention des Europarates

Die Kommission für Künstliche Intelligenz (CAI) des Europarates hat am 14. März 2024 nach fast zwei Jahren Verhandlungen die erste globale, rechtlich bindende Konvention zu künstlicher Intelligenz, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit finalisiert. Die Versammlung wurde eingeladen, eine [Stellungnahme](#) zum Konventionsentwurf abzugeben. Nationalrat [Nik Gugger](#) (M-E, ZH) ergriff hierzu das Wort, Nationalrat [Damien Cottier](#) (FDP, NE) sprach im Namen der ALDE-Fraktion.



NR Damien Cottier spricht in der Dringlichkeitsdebatte zur KI-Konvention des Europarates ©Parlamentsdienste

Klimadebatte

Die Versammlung verabschiedete eine [Resolution](#) basierend auf dem Bericht von Simon Moutquin (Belgien, SOC) betreffend die «Verwirklichung des Menschenrechts auf eine sichere, saubere, gesunde und lebenswerte Umwelt durch den Reykjavik-Prozess» und eine [Resolution](#) basierend auf dem Bericht von Julija Ovtshynnykova (Ukraine, ALDE) über «Strategien des Europarates für gesunde Meere und Ozeane zur Bewältigung der Klimakrise». Nationalrat Pierre-Alain Fridez präsidierte die Debatte in seiner Funktion als Vizepräsident der PVER. Nationalrätin [Sibel Arslan](#) (Grüne, BS) ergriff das Wort zu diesem Thema.



NR Sibel Arslan in der Klimadebatte ©Parlamentsdienste

Schutz von Kindern vor Gewalt im Internet

Basierend auf dem Bericht von Joseph O'Reilly (Irland, EPP) verabschiedete die Versammlung eine Resolution, in der die Schaffung eines Rechtsrahmens zum Schutz von Kindern im Internet, einschliesslich Altersüberprüfung und Bildungsprogrammen, gefordert wird. Die Zusammenarbeit mit den Akteuren der digitalen Industrie und die Berücksichtigung der Interessen der Kinder bei der Entwicklung von Massnahmen seien wesentliche Schritte für einen wirksamen Schutz. Wortmeldungen dazu gab es von Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) (SP, FR). Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) (SP, JU) sprach für die Kommission für Sozialfragen.



NR Valérie Piller Carrard spricht zum Thema «Schutz von Kindern vor Gewalt im Internet» ©Parlamentsdienste

4. Ansprachen vor der Parlamentarischen Versammlung

Mihai Popșoi, stv. Premierminister von Moldau und von 2019–2023 Mitglied der PVER, hielt am ersten Sessionstag eine Ansprache an die Versammlung. Er sprach von den zahlreichen Reformen, die sein Land in den vergangenen Jahren unternommen hat, um insbesondere der Korruption im Justizsystem und dem Einfluss von Oligarchen in Politik, Wirtschaft und Medien entgegenzuwirken. Er thematisierte auch die grossen Herausforderungen, mit denen sich Moldau seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine konfrontiert sieht. Mihail Popșoi stellte sich den Fragen der PVER-Mitglieder, u.a. jenen von NR [Pierre-Alain Fridez](#) (SP, JU).



Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein ©CoE

Der Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein hielt eine Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er betonte, dass Liechtenstein als geografisch kleiner Staat auf das effektive Funktionieren der internationalen und auf Regeln basierenden Ordnung angewiesen sei. Prinz Alois betonte jedoch auch, dass kleine Staaten die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft ausmachen und insbesondere in multilateralen Foren wichtige Perspektiven einbringen. Diese Staaten können dort einen Einfluss haben, der in keinem Verhältnis zu ihrer geografischen Grösse steht. Liechtenstein hat bis Mai 2024 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates inne.